



Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Eindhoven und Weststadt

Juli 1991

Horst Ehmke:

Berlin ist eine Fehlentscheidung

Presseerklärung von Prof. Horst Ehmke zur Bundestagsentscheidung für Berlin über den Sitz von Parlament und Regierung



1. Ich halte die knappe Entscheidung des Deutschen Bundestages für Berlin unter allgemeinpolitischen wie unter finanz- und strukturpolitischen Gesichtspunkten für eine Fehlentscheidung. Da sie in einem ordnungsgemäßen parlamentarischen Verfahren zustande gekommen ist, ist sie aber selbstverständlich zu respektieren.

2. Bemerkenswert ist das Abstimmungs-

verhalten der einzelnen Parteien:
In der SPD-Fraktion gab es eine Mehrheit für Bonn (126 : 110).
In der Landesgruppe der CSU gab es eine 4/5 Mehrheit für Bonn (41 : 9).
Unter den CDU-Abgeordneten gab es eine Mehrheit für Berlin (145 : 123).
In der FDP-Fraktion gab es eine 2/3 Mehrheit für Berlin (53 : 26).
In der Gruppe Bündnis 90/Grüne gab es eine 3/4 Mehrheit für Berlin (6 : 2).
Ausschlaggebend für die Entscheidung war das fast geschlossenen Votum der PDS-Gruppe für Berlin (15 : 1).

3. Im vereinten Deutschland dürften nach dieser Entscheidung nationale Töne noch lauter werden. Das gilt vor allem für FDP und CDU. Aber auch den Vichy-Ausrutscher von Willy Brand habe ich als sehr bedrückend empfunden.

4. Den vom Berlin-Antrag zugrunde liegenden Zeitrahmen für Planung und Bauten in Berlin und Umzug nach Berlin halte ich für unrealistisch. Es wird alles viel länger dauern.

Fortsetzung auf Seite 2



Übrigens:

Denk ich an Deutschland in der Nacht...

Als Ruhmesblatt wird die Entscheidung über Bonn /Berlin wahrlich nicht in die Geschichte des deutschen Parlamentarismus eingehen. Mit Grundregeln einer demokratischen Gesellschaft wie Berücksichtigung von Interessen aller Betroffenen oder gar dem Schutz von Minderheiten ist es sicher nicht vereinbar, weitreichende Entscheidungen mit einer Handvoll Stimmen Mehrheit zu treffen anstatt zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

Daß sachliche Kriterien kaum eine Rolle spielten, zeigt die Mißachtung der Kosten. Ob 30 oder 90 Milliarden DM, das scheint im Hohen Haus viele nicht zu scheren. Wozu auch, hat man doch gerade Übung darin, die Taschen der Steuerzahler zu plündern.

*Die Konsequenzen für Bonn oder gar Konzepte für die Zukunft? Das war offensichtlich zuviel verlangt. Wo käme man denn hin, wenn man in unserer komplizierten Welt alle seine Entscheidungen durchdenken müßte?! Die Zitterpartie geht also weiter. Vorschläge wie ein Umzug von Berliner Behörden lassen ein flaves Gefühl im Magen. Denn wir Bonner können uns nur allzu gut in die Lage derer versetzen, die nun plötzlich ebenfalls aus ihrem Lebensumfeld herausgerissen und in umgekehrter Richtung in Marsch gesetzt werden sollen. Aber was spielt das Schicksal von einzelnen eine Rolle, wenn es um Schicksalsfragen der Nation geht, scheinen sich manche zu denken.
-Gute Nacht Deutschland.*

REGIERUNGSSTADT

BONN

**verstarb unerwartet
nach 40 friedvollen Jahren,
geopfert auf dem Altar
scheinbaren nationalen Bewußtseins
einiger Parlamentarier,
die sich einbildeten,
für alle zu entscheiden.**

5. Die finanzpolitischen Folgen des Beschlusses sind unübersehbar. In den bereits astronomischen Kosten der deutschen Einheit (bzw. der mit ihr verbundenen Fehlentscheidungen) kommen jetzt Milliarden Kosten für Planung und Bauten in Berlin (während in Bonn für die lange Übergangszeit Begonnenes zu Ende gebaut werden muß), und dann die Umzugskosten. Woher das Geld kommen soll, weiß nach eigenem Bekunden auch der Bundesminister der Finanzen nicht.

6. Der Bundestag hat entschieden. Die Folgen der Entscheidung werden die Bundesrepublik, Berlin und die Bonner Region vorraussichtlich zwei Jahrzehnte lang beschäftigen.

Für die Bonner Region muß in Zusammenarbeit aller Betroffenen umgekehrt ein durchdachtes Strukturkonzept erstellt werden, um die schwerwiegenden negativen Auswirkungen der Entscheidung auf die Region abzufangen. Dafür müssen erhebliche Finanzmittel bereitgestellt werden. Wir werden alle diejenigen, die für den Fall einer für Bonn negativen Entscheidung großzügige Hilfe zugesagt haben - voran den Bundeskanzler, der für Berlin votiert hat, beim Wort nehmen.

Der "Plastikdschungel"

Die Verpackungsflut hält unvermindert an und auch die neue Verpackungsverordnung dürfte hieran wenig ändern. Lassen Sie sich nicht einwickeln! Denken Sie daran: alle Verpackungsmaterialien, auch Papier und Glas, belasten die Umwelt. Die beste Lösung lautet deshalb Verzicht! Viele Waren allerdings müssen eingepackt werden. Achten Sie deshalb schon beim Einkauf auf umweltfreundliche Verpackung. Besonders undurchsichtig ist der Bereich der Plastikverpackungen. Wir wollen Ihnen daher ein paar Wegweiser durch den "Plastikdschungel" geben.

PVC

-nein danke. PVC (Polyvinylchlorid) sollten Sie im Regal stehen lassen. SPD, Umwelt- und Verbraucherverbände fordern schon länger ein Verbot. In der Müllverbrennung entstehen durch PVC die hochgiftigen Dioxine. Außerdem können Weichmacher und Stabilisatoren in die Nahrungsmittel übergehen. Ver-

"Tanzplatz der Musen" -

Das Bonner Frauenmuseum wird 10 Jahre alt

Das Frauenmuseum Im Krausfeld feiert Geburtstag. Diese Adresse ist inzwischen in der Kulturszene der Bundesrepublik ein Begriff geworden und die Verbindungen des Frauenmuseums reichen weit in die Welt hinaus: zu Künstlerinnen und Kunstvereinen in Nord- und Südamerika, in Afrika, in Israel und andere Länder des Orients und bis nach Japan.

Wer hätte das gedacht, als Marianne Pitzen, die Bonner Künstlerin und Galeristin mit einigen gleichgesinnten Frauen in dem verlassenen Kaufhaus Im Krausfeld den Versuch startete, ein Arbeitszentrum für Künstlerinnen zu einzurichten. Natürlich gab es am Anfang und in der Aufbauzeit unendliche Schwierigkeiten und Vorurteile zu überwinden: Was soll das, ein Kulturzentrum für Frauen? Soll Kunst auch noch nach Geschlechtern getrennt sein? Emanzipatorisches Getue statt wirklichem Kunstschaffen?

Eines darf hier gesagt werden: Die SPD-Ratsfraktion und die Bonner SPD haben die neue Institution von Anfang an tatkräftig unterstützt und dafür gesorgt, daß Kulturausschuß und Rat immer wieder über Projekte des Frauenmuseums nachdenken und Entschlüsse fassen mußten. Daß heute die Stadt den Erfolg des Unternehmens in ihren Pressemitteilungen rühmt und auf ihre großzügige finanzielle Förderung hinweist, sollte dies nicht vergessen lassen. Der Erfolg der Frauen ist inzwischen ein bedeutender Werbefaktor der Stadt geworden. Das Frauenmuseum ist bis jetzt die einzige Institution dieser Art in der Bundesrepublik und wohl auch in Europa. Die zahlreichen Nachfragen und Besuche lassen allerdings vermuten, daß das Vorbild bald an anderen Stellen nachgeahmt werden wird.

"Tanzplatz der Musen" - das ist der gelungene Titel der Ausstellung, die vom 1.5. bis zum 1.9.1991 im Frauenmuseum

zu sehen ist. Diese Ausstellung, zu der ein schöner Katalog von über 200 Seiten erscheinen ist, wird sicher ein Höhepunkt in der Reihe von über 200 Ausstellungen sein, welche Bonns Frauenmuseum bisher organisiert hat.

"Tanzplatz der Musen" - das soll keine rückwärts gewandte Veranstaltung sein, die sich von der Erinnerung an die antiken Göttinnen der Künste womöglich ein breiteres Publikum verspricht. "Das Frauenmuseum - eine Zukunftswerkstatt" heißt programmatisch der Untertitel des Ausstellungsprogramms. Mit ihren Aktionen wollen die Künstlerinnen zeigen: Der Kulturbegriff, der mit den Gestalten der neun Musen verbunden war, war ausgesprochen progressiv. Es gab keine Muse, die nur statische Bilder bevorzugt hätte, wie es in der Einleitung im Katalog heißt. Die Prinzipien Prozeß und lebendige Kreativität waren vielmehr dominierend. Genau das bestimmt auch das Bild der Jubiläumsausstellung im Frauenmuseum. Die Besucher/innen gehen nicht einfach durch Räume mit Ausstellungsstücken. Sie werden vielmehr durch die bezugreichen Installationen einbezogen in das Leben der Musen, begegnen ihrer kunstvollen Deutung von Gegenwart und Zukunft durch Plastik, Bild, Photographie, Tanz und Musik und werden eingeladen, sich selbst, Welt und Zukunft neu vorzufinden.

Mit dieser ungewöhnlichen Ausstellung hat das Bonner Frauenmuseum gezeigt, daß sein Experiment gelungen ist und daß man/frau auch in Zukunft noch viel von seinen Aktivitäten erwarten darf.

wendung findet es z.B. bei eingeschweißten Produkten wie Käse, Wurst und Fleisch, bei Flaschen für Öl und Essig.

PS-Verpackung:

-möglichst meiden. PS (Polystyrol) wird bei Milchprodukten wie Joghurt, bei Schalen für Obst und Gemüse benutzt. Eingeatmete Styrole reizen Schleimhäute, Augen und Atemwege. Weichen Sie nach Möglichkeit auf andere Verpackungsarten aus wie Glas oder auch Polyethylen und Polypropylen. Leider gibt es

nicht immer Alternativen.

PP und PE:

-akzeptabel. Von den Plastikverpackungen sind PP (Polypropylen) und PE (Polyethylen) am umweltverträglichsten. So entstehen bei der Müllverbrennung keine hochgiftigen Schadstoffe. Eingewickelt werden damit überwiegend Frischprodukte wie Käse, Wurst, Obst, Gemüse. Auch sind Plastikeinkaufstüten oft aus PE. Aber: wirklich umweltfreundlich ist nur die eigene Einkaufstasche!

Mehr Bürgerbeteiligung durch Reform der Kommunalverfassung ?

Die Reform der Kommunalverfassung steht an. Der Innenminister NRW hat hierzu erste Vorschläge vorgelegt. Zu erwarten ist eine lebhaftere Auseinandersetzung, denn die Interessen der Betroffenen sind in vielen Punkten unterschiedlich.

In einem allerdings sind sich alle einig: ideal ist sie nicht, unsere Kommunalverfassung.

-Bürger und Bürgerinnen haben vielfach das Gefühl, daß "die da oben" sowieso machen, was sie wollen. Außerdem könnte sich der "Amtschimmel" ihretwegen auch etwas schneller bewegen.

-Die Stadt- und Bezirksverordneten stöhnen über die hohe zeitliche Beanspruchung durch ihr Mandat. Sitzungsunterlagen von nicht selten 200 Seiten erfordern gründliche Vorbereitung, hinzu kommen die Gespräche mit den Bürger/innen und die Mitarbeit in einer politischen Partei.

Der Verwaltung schließlich geht alles ebenfalls zu langsam. Ihr sind zu viele "Köche" und "Köchinnen" am Werk. Politisches Gezänk erschwert nach ihrer Meinung sachgerechte Entscheidungen.

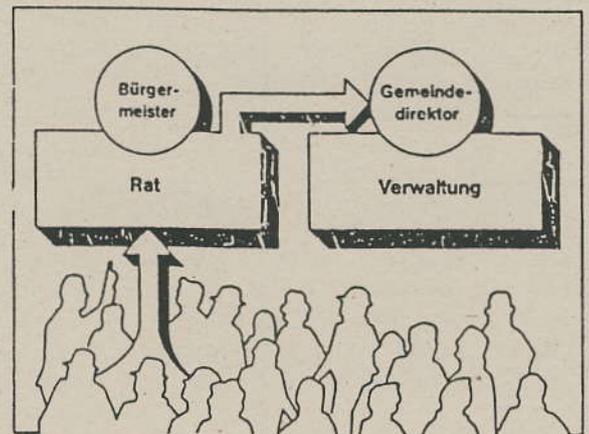
Wohin nun soll die Reise gehen?

Der Innenminister möchte die Handlungsfähigkeit der Kommunalpolitik stärken. Durch verbesserte Bedingungen des ehrenamtlichen Mandats soll allen Bürgerinnen und Bürgern die aktive Beteiligung an der Kommunalpolitik ermöglicht werden. Für die Bürgerbeteiligung sollen neue Formen geschaffen werden. Ausgebaut werden soll die ortsnahe Selbstverwaltung in Stadtbezirken und Ortsteilen.

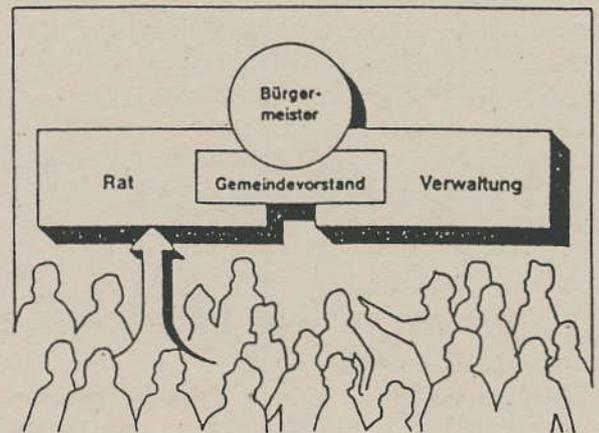
So weit, so gut. Wie so oft aber stecken Teufel im Detail. So soll ein Gemeindevorstand eingerichtet werden, in dem sowohl Ratsmitglieder wie auch die Verwaltung vertreten sein sollen. Ziele sind die frühzeitige Beteiligung der Ratsmitglieder, eine verbesserte Koordination und die Entlastung der übrigen Stadtverordneten. Nur, wer garantiert, daß der Gemeindevorstand nicht zum eigentlichen Entscheidungsgremium wird und der Rat nur noch der Form halber abstimmen darf? Außerdem steigt für die im Gemeindevorstand vertretenen Stadtverordneten die zeitliche Belastung noch weiter - welche "Normalbürger/innen" können das ermöglichen?

Eine Kompetenzverlagerung zugunsten der Verwaltung soll auch durch die Zusammenfassung von Bürgermeister und Stadtdirektor erfolgen. Mehr Einfluß der Wähler und Wählerinnen würde andererseits durch die Direktwahl des Bürgermeisters erreicht, die zur Diskussion gestellt wird.

1. Bisherige Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen "Norddeutsche Ratsverfassung" (NRW und Niedersachsen)



2. Reformvorstellungen des Innenministeriums



Grundsätzlich wird überlegt, den Bewohner/innen mehr direkte Einflußmöglichkeiten zu geben. Gedacht ist nicht nur an erweiterte Möglichkeiten bei Bürgeranträgen, sondern auch an die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Dann könnten auf Antrag einer Mindestzahl von Bürger/innen bestimmte Fragen von den Betroffenen selbst entschieden werden. Schon gefaßte Ratsbeschlüsse könnten damit vom Tisch gewischt werden. Jede/r könnte selbst Initiative ergreifen und mehr Verantwortung übernehmen.

Überdachung des Endenicher Burghofs abgelehnt

Wegen voraussichtlicher Kosten von 2500 DM je Schirm (2 waren notwendig) hat die Mehrheit der Bezirksvertretung den Antrag der Bezirksverordneten Gisela Haas und Bürgermeister Dieter Witte, den Endenicher Burghof für Feste und Feiern zu überdachen, abgelehnt.

Dies ist sehr zu bedauern, hätte doch mit geringem Aufwand etwas gegen die Witterungseinflüsse der vielen Veranstaltungen im Endenicher Burghof getan werden können.

Sozialarbeiterstelle an der Karl-Simrock-Schule abgeschafft

An der Karl-Simrock-Schule ist die wichtige und erfolgreiche Tätigkeit einer Sozialarbeiterin, die den Schülerinnen und Schülern zur Vorbereitung auf das Berufsleben eine wichtige Hilfe war, aus Kostengründen abgeschafft worden.

Die allseits anerkannte Arbeit dieser Sozialarbeiterin, die mit Einzelberatungen ein gutes persönliches Vertrauensverhältnis zu den Schülern aufgebaut hat, ist völlig unverständlich den Einsparungsmaßnahmen der Stadt Bonn zum Opfer gefallen.

Die erschreckend hohen Zahlen der Abbrüche von Ausbildungsverhältnissen zeigt, wie notwendig diese Beratung war. Die Sozialarbeiterin hat sich vor allem in den Fällen bewährt, in denen das Elternhaus der Schüler keine Hilfe geben konnte oder wollte.

Die SPD setzt sich dafür ein, daß diese wichtige Einrichtung fortgeführt werden kann.

Ein Nachbar...

Ein Endenicher: Wohnhaft im 100 Jahre alten Elternhaus, einer der ganz wenigen alteingesessenen Evangelischen, bei den Pimpfen Chef des Spielmannszuges, schwerverwundeter Leutnant vor Moskau ("Wir waren wie toll im Kopf"), eine Schlesierin (Johanne) zur Frau, von 1948 bis 1961 begeisterter Motorradfahrer - die BMW R 12 von 1939 steht noch immer in der Garage, drei Söhne. Und immer aktiv.

Das ist Bruno Topf.

Er hat sie alle persönlich gekannt: Die Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Sieben an der Zahl. An ihm kam keiner vorbei; kein Storch, kein Blank, Katzer, Ahrendt, Ehrenberg, Westfal oder Blüm.

Denn seit 1952 war der Endenicher aus der Alfred-Bucherer-Straße im Duisdorfer Ministerium Pförtner und dann dazu noch 30 Jahre für die ÖTV im Personalrat ("Das gibt's nur einmal). Und schließlich zwölf Jahre Vertrauensmann der Behinderten im Ministerium und Hauptvertrauensmann für die nachgeordneten Behörden. ("Und das mit 86% Zustim-

mung.") Keinem der Minister, schwarz oder rot, redete er nach dem Munde. Er hatte oft das letzte Wort.

Jetzt, mit 70, zu 100 Prozent kriegsbeschädigt und sieben Jahre nach einem Herzinfarkt, ist der Vorsitzende des größten Endenicher Vereins, des VdK, noch immer ein Energiebündel. Wenn seine blauen Augen blitzen, bleibt kein Zweifel, mit welchem Eifer er die Sache seiner Leidensgefährten vom Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands auch als Rechtsbeistand vor dem Sozialgericht vertrat.

AKTION ÖKOLOGISCHER SUPERMARKT

Für ein größeres Angebot an umweltfreundlichen Produkten und an Lebensmitteln aus dem kontrolliert biologischem Anbau in Supermärkten setzt sich die VERBRAUCHER INITIATIVE mit der jetzt gestarteten Aktion "Ökologischer Supermarkt" ein.

Zwar werben viele Handelsketten eifrig mit Umweltargumenten. Doch ein Blick in die Regale belehrt Verbraucherinnen und Verbraucher eines Besseren. Weder bei Lebensmitteln aus dem kontrolliert biologischem Landbau noch bei umweltfreundlichen Produkten ist das Sortiment in den Supermärkten auch nur annähernd befriedigend. Die Folge: Verbraucher können mit ihrem Kaufverhalten zu weit aus weniger Umweltschutz beitragen, als sie es möchten. Denn immerhin erklären rund 60% der Verbraucher, daß sie umweltfreundliche Produkte bevorzugen würden.

Im Rahmen der Aktion Ökologischer Supermarkt will die VERBRAUCHER INITIATIVE erreichen, daß das Angebot an wirklich umweltfreundlichen Lebensmitteln und Produkten bis zum Jahr 2000 erheblich verbessert wird. Im Supermarkt 2000 sollen mindestens 20% des Angebotes an Fleisch, Obst oder Brot aus dem Öko-Anbau stammen (derzeitige Quote <1%). Im Öko-Supermarkt haben dann Spraydosen ebenso ausgedient wie umweltschädigende Reinigungsmittel. Auch chlorgebleichte Papiere gehören

dann nicht mehr in das Supermarkt-Sortiment.

Damit die ehrgeizigen Ziele der Aktion "Ökologischer Supermarkt" erreicht werden können, hofft die VERBRAUCHER INITIATIVE auf die Unterstützung möglichst vieler Verbraucher. Diese sollen sich an dem von der VERBRAUCHER INITIATIVE entwickelten "Supermarkt-Test beteiligen. Mit Hilfe eines Fragebogens soll dann ermittelt werden, wie ihr Supermarkt unter ökologischen Gesichtspunkten abschneidet.

Ferner rufen wir alle Verbraucher auf, uns ihre Wünsche an ein umweltfreundliches Sortiment im Supermarkt mitzuteilen. Gewünscht wird, nicht passiv das Angebot hinzunehmen, sondern selbstbewußt und aktiv über das Angebot in den Regalen mitzubestimmen.

Kontaktadresse: Verbraucher Initiative, Frau Maria Rieping, Tel.: 0228/ 72633-25 oder Frau Traude Strütt-Bringmann, Telefon: 0228/72633-31

Vereinsfeste jetzt umweltfreundlich

Für die umweltfreundliche Durchführung von Vereinsfesten setzt sich Dieter Witte in einem Antrag an die Bezirksvertretung Bonn ein.

So hat er die Anschaffung eines Geschirrmobils gefordert, damit künftig Plastik- und Pappgeschirr aus Gründen des Umweltschutzes und der Müllvermeidung nicht mehr notwendig sind. Das Geschirrmobil (ein Fahrzeug, das voll mit normalem Porzellangeschirr und Metallbestecken ausgerüstet ist) trägt durch die Wiederverwendung dazu bei, daß kein Müll anfällt.

Das Geschirrmobil könnte gegen eine geringe Gebühr von der Stadt an die Vereine ausgeliehen werden.

Bänke für das Meßdorfer Feld

Dem Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger entsprechend, haben die Bezirksverordnete Gisela Haas und Bürgermeister Dieter Witte die Aufstellung von Bänken für Spaziergänger im Bereich des Meßdorfer Feldes gefordert.

Hierdurch könnte vor allem für die älteren Mitbürger das Meßdorfer Feld für Spaziergänge zugänglicher gemacht werden und die Attraktivität als Naherholungsgebiet für gestresste Bonner verbessert werden.



Erscheinungsweise:
Viernmal jährlich; Auflage: 7.000

Herausgeber:
SPD-Stadtratsfraktion in
Zusammenarbeit mit dem
SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:
Klaus Haak (verantwort.)
Eva-Günther-Bergér, Gisela Haas,
Horst-Rainer Kunz

Anschrift: Rotkehlchen c/o Klaus Haak
Josef-Schell-Str. 17, 5300 Bonn 1